

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Energiepolitik - Zinspolitik -
Großbritannien - EG und RGW - UdSSR**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: Energiepolitik - Zinspolitik - Großbritannien - EG und RGW - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 9, pp. 447-448

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134585>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Energiepolitik

Alter Zopf in neuer Frisur

Mit ihrem am 5. 9. 1973 vorgelegten Energiekonzept will die Bundesregierung eine langfristige Energieversorgung zu möglichst günstigen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sicherstellen. Folgende Schwerpunkte zeichnen sich dabei ab: Minderung der Risiken im Mineralölbereich, schneller Ausbau der kostengünstigen Energieträger Erdgas, Kernenergie und Braunkohle; Konsolidierung der deutschen Steinkohle, Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes sowie Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Raffinerie- und Reaktorbau.

Anlaß zur Kritik gibt vor allem die aus Sicherheitsgründen geplante Fortsetzung der Förderung der deutschen Steinkohle. Um die Differenz von ca. 38 DM je t zu der billigen Drittländkohle abzudecken, sieht das Konzept zusätzlich für die Elektrizitätswirtschaft eine Preiserhöhung pro kWh von 0,5 Pfg vor. Mit diesem „Sicherheitszuschlag“ sollen die Mehrkosten von 1 Mrd. DM für den Absatz von ca. 30 Mill. t aufgefangen werden.

Die vom BMWi angegebene monatliche Belastung von 1,60 DM je Haushalt gibt nur ein unvollständiges Bild von der wirklichen Belastung, da bei stromintensiven Produkten Preiserhöhungen unumgänglich sein werden, die wiederum zu Lasten des Endverbrauchers gehen werden. Damit werden aber die derzeitigen Stabilitätsbemühungen unterlaufen. Darüber hinaus scheint es wenig sinnvoll, knappe Produktionsfaktoren in diesem Sektor zu binden, der selbst bei einer gezielten Förderung in den 80er Jahren nur noch 10–15% der in der BRD benötigten Energie anzubieten vermag. Im Interesse niedriger volkswirtschaftlicher Gesamtkosten sollte die Regierung endlich den Mut aufbringen, konsequente Reformpolitik auch für die Steinkohle zu praktizieren und sich nicht weiter in ausgefahrenen Geleisen zu bewegen. te

Zinspolitik

Wendemarke des Kapitalzinses?

Auch die neue Bundes-Anleihe ist wieder mit einem 10%igen Nominalzinssatz und einem über pari liegenden Emissionskurs ausgestattet. Die starke Nachfrage nach diesen Titeln – vor allem der Privatanleger – hatte Anfang August zu einer deutlichen Tendenzbesserung am deutschen Rentenmarkt geführt. Seither glaubt kaum noch jemand an eine weitere Steigerung des Nominalzinssatzes. Die Wendemarke des Kapitalmarktzinsses scheint damit erreicht zu sein.

Dieser leichte Rückgang der Effektivverzinsung am Kapitalmarkt wurde jedoch von vielen Anlegern überbewertet und bereits als ein Signal für eine Kurskorrektur der Notenbankpolitik angesehen. Die eigentliche Ursache dieser Zinsentwicklung war jedoch eine Übernachfrage nach diesen Titeln. Zahlreiche Anleger nahmen eine Umschichtung ihrer seit Monaten als Festgeld gehaltenen Beträge vor, um neben dem hohen Nominalzinssatz die Chance wahrzunehmen, auf längere Sicht einen Kursgewinn zu realisieren.

Diese Entwicklung am Kapitalmarkt zeigt somit lediglich eine Schwäche der Deutschen Bundesbank bei der Durchhaltung ihrer Hochzinspolitik. Sie hätte bei einem ausreichenden Angebot an 10%igen Papieren seitens der Bundesbank ohne weiteres vermieden werden können. Allerdings standen ihr diese nicht zur Verfügung. Will sie an ihrem harten Restriktionskurs festhalten und soll ihre Politik in Zukunft nicht unterlaufen werden, müßte eine weitere Tranche der Stabilitätsanleihe des Bundes aufgelegt werden. Damit könnte der „goldene Herbst“ am Rentenmarkt erheblich beeinträchtigt werden. us

Großbritannien

Sorgen um den EG-Handel

Die britische Handelsbilanz gegenüber den sechs bisherigen EG-Staaten zeigt eine zunehmende Passivierung. Der Sprecher der Labour Party für Europa-Angelegenheiten befürchtet nach dem 256 Mill. £-Defizit im Jahre 1971 und 583 Mill. £ für 1972 eine weitere Zunahme auf 1 Mrd. £. Als besonders beunruhigend wird die Entwicklung im Handel mit der Bundesrepublik empfunden, da die BRD-Ausfuhren nach Großbritannien in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die der vergleichbaren Vorjahresperiode um mehr als die Hälfte überschritten, während sich die britischen Lieferungen in die Bundesrepublik nur um ein Viertel erhöht haben.

Die Labour-Opposition versucht nunmehr, das sich abzeichnende Handelsdefizit in politisches Kapital gegen den EG-Beitritt umzumünzen. Es wird kritisiert, daß die anlässlich der Beitrittsverhandlungen von der Regierung vorausgesagten Wohlfahrtsgewinne lediglich die Meinung der Bevölkerung zur Beitrittsfrage beeinflussen sollten, während die tatsächlichen ökonomischen Gegebenheiten jetzt die Nachteile des Beitritts sehr deutlich vor Augen führten. Unterstützt wird diese Kritik durch den Chairman von British Leyland, der angesichts der starken britischen Kraftfahrzeugimporte – vor

allem aus den EG-Staaten – sogar die Anwendung von Einfuhrbeschränkungen gefordert hat.

Die Ursachen für die gegenwärtige Außenhandelsentwicklung liegen jedoch kaum in der 20%igen Zollsenkung, die als erste Stufe zur Realisierung des EG-Beitritts Anfang des Jahres vorgenommen wurde. Entscheidend ist vielmehr die Zunahme des Einfuhrsogs durch die konjunkturelle Überhitzung bei steigenden Importpreisen, die eine Folge der Abwertung durch das Sterling-Floaten sowie der weltweiten Rohstoffhaussse sind. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Labour Party zu vergessen scheint, daß die britische Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor in starkem Maße durch Nichtpreis-Faktoren wie Produktqualität oder streikbedingte Lieferfristen beeinträchtigt wird. Hier läge ein Ansatzpunkt für die gewerkschaftsnahe Labour Party, durch Einwirken auf die hohe Streikfrequenz die außenwirtschaftliche Position zu verbessern. hh

EG und RGW

Erster Dialog zwischen EG und RGW

Am 28. 8. 1973 fand in Kopenhagen das erste Gespräch zwischen Vertretern der EG und des RGW statt. Der Generalsekretär des RGW, Fadejew, schlug dem amtierenden Vorsitzenden des EG-Ministerrats, Nörsgaard, vor, daß die EG und der RGW Verhandlungsdelegationen bestimmen sollten, die zu klären hätten, auf welchen Gebieten und in welcher Form eine Zusammenarbeit zwischen beiden Wirtschaftsgemeinschaften realisiert werden könne.

Das vom RGW initiierte Kopenhagener Treffen ist die konsequente Fortsetzung diplomatischer Aktivitäten der Ostblockstaaten unter Führung des Kreml in den vergangenen 1 1/2 Jahren. Schon am 20. 3. 1972 deutete Breschnjew eine Überprüfung der ablehnenden Haltung Moskaus gegenüber der EG an, und im Dezember 1972 sprach er die Anerkennung der EG als integralen Bestandteil Europas aus. Der Besuch Fadejews schließlich geht direkt auf einen Konferenzbeschuß der RGW-Außenminister Anfang Juni 1973 in Prag zurück – wie schon anläßlich einiger Äußerungen Kosygin gegenüber dem luxemburgischen Außenminister Thorn im Juli 1973 in Moskau vermutet wurde.

Die ursprünglich ideologisch begründete Ablehnung der EG läßt sich offenbar nicht mehr mit der pragmatisch ausgerichteten Politik der RGW-Länder vereinbaren. Seit dem 1. 1. 1973 ist die Kompetenz für den Abschluß von traditionellen Handelsabkommen auf die EG-Organe übergegangen. Damit sind die RGW-Staaten gezwungen, die EG anzuerkennen, wenn sie weiterhin die Vorteile des

Westhandels maximal nutzen wollen. Nicht zuletzt aus verhandlungstechnischen Gründen haben die RGW-Staaten offensichtlich den Entschluß gefaßt, gemeinsam in Brüssel als Verhandlungspartner aufzutreten. Trotzdem dürfte auch weiterhin eine Reihe wichtiger Probleme, wie z. B. der Kooperationen und der Kredite, auf nationaler Ebene bilateral ausgehandelt werden. pw

UdSSR

Neuartige Rohstoffabkommen in Sicht?

Ein neuer Typ der Energieabkommen mit der Sowjetunion zeichnet sich ab. Die zwischen amerikanischen und japanischen Firmen auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite vereinbarte gemeinsame Ausbeute jakutischer Erdgas-Lagerstätten stellt nicht nur hinsichtlich des Umfangs mit Projektkosten in Höhe von 2–3 Mrd. US\$ ein Novum dar. Zum ersten Mal wird die Sowjetunion auch ein Konsortium als Partner akzeptieren. Es wird das Erdgas nicht nur übernehmen, sondern auch bei dessen Erschließung und Förderung mitwirken. Damit erfolgt eine Abkehr von der bisherigen sowjetischen Praxis. Fast als Sensation muß die Garantie des Explorationsaufwandes von 120–150 Mill. US\$ seitens der Sowjetunion im Falle eines Mißerfolges gewertet werden und könnte für andere Rohstoffprojekte richtungweisend sein. Schon meldet sich ein weiterer Partner. Die BP will ebenfalls mit der Sowjetunion verhandeln. Aufgrund ihrer Arktiserfahrung in Alaska ist sie sicherlich willkommen.

Waren es bei den westlichen Partnern fast ausschließlich Motive der Energiesicherung, so führten seitens der Sowjetunion mehrere Faktoren zum Zustandekommen dieses Abkommens. Nicht zuletzt dürfte die Energiesituation in Osteuropa eine Rolle gespielt haben. Wie aus einigen osteuropäischen Staaten zu hören ist und wofür die Prager RGW-Konferenz eindeutige Anzeichen bot, ist die blockinterne Energieversorgung mit Kohlewasserstoffen längerfristig nicht gesichert. Vor allem Erdöl wird in Osteuropa knapp. Die gleichzeitig erfolgte Verzögerung der Verhandlungen über die Lieferung von Erdöl aus Tjumen an Japan paßt somit genau in dieses Bild. Neu zu erschließende Erdgasvorkommen, wovon riesige Reserven in der UdSSR lagern, bieten einen Ausweg, erfordern aber enormes Kapital. Außerdem müssen zur Erschließung dieser Lagerstätten spezielle Technologien angewandt werden. Da zudem die Besiedlungspolitik in Sibirien auch offiziell für gescheitert erklärt wurde und man dazu übergehen will, die dortigen Bodenschätze mit modernster Technologie abzubauen und abzutransportieren, ist die Erlangung dieser Technologien um so dringlicher. cl